

Der (Selbst-)Ermächtigungskanzler

Fritz W. Peter, Tag der deutschen Einheit 2005

Vergleiche mit Weimarer Verhältnissen wurden verschiedentlich und von verschiedener Seite gezogen – ausgelöst meist durch eine Betrachtung von Einzelaspekten auf phänotypischer Ebene. Die Zurückweisung solcher Vergleiche als „nichtschlüssig“ oder „unhistorisch“ kam stets prompt und oft eher pauschal.

Mit der Einstufung „Ermächtigungskanzler“ soll zwar *erinnert*, nicht aber *verglichen* werden! Es kann schon deswegen kein *Vergleich* gemeint sein, da „Ermächtigung“ nicht aufgrund eines problematischen Gesetzes oder überforderten Reichspräsidenten und parlamentarischen Systems stattfindet, sondern auf eigenmächtigen Beschluss eines Noch-Kanzlers mit der Rückendeckung einer Amoklaufenden Parteiführung, denen beiden nach verlorener Macht nun der Maßstab für die Beurteilung der Rolle von Parteien und Personen im parlamentarischen System abhanden gekommen zu sein scheint.

Schröder und sein Tross sägen allzu selbstgerecht und ungeniert am Regelwerk der „Dritten Republik“ (wenn man 1848 einmal mitrechnet) und stellen in Bezug auf den sonst gern eingeforderten demokratischen Grundkonsens Bewährtes und Respektiertes fahrlässig infrage. Sie scheinen ihr mutwilliges Spiel noch weiter fortsetzen zu wollen. Und nicht die Einsicht und das demokratische Verständnis, sondern nur *äußere* Einflussfaktoren, z.B. dass ihnen die langjährige Hofberichterstattung der Medien etwas verloren gegangen ist, scheinen in der Lage zu sein, Korrekturwirkung zu erzeugen und den Blindflug zu beenden.

Die oft unkritische und manchmal servile Unterstützung durch die Medien in den vergangenen Jahren ist gewichen, wohl auch unter dem Eindruck der Stagnation und aufgrund des zunehmenden Gefühls, dass mit einer Regierungsleistung wie der bisherigen der Rückwärtsgang in der deutschen Politik andauern würde. Der Wind hat sich gedreht, wie ein medial bisher (z.B. 2002) aufgepeppelter Kanzler äußerst unwillig und aggressiv jüngst registrierte.

Das Spitzenpersonal einer Partei mit großer demokratischer Tradition gibt ein Stück dieser Tradition – die ein unverzichtbarer, integraler Teil deutscher Geschichte ist – für das Linsengericht einer Kanzlerschaft Schröders her. Mir erscheint dies als peinliches, unwürdiges Kapitel im Buch der deutschen Sozialdemokratie. *Es ist darüber hinaus schmerzlich aus Sicht jedes Demokraten in Deutschland, gleich welcher Partei er angehören mag – und es erinnert an die Fragilität demokratischer Kultur!*

Man wird beobachten können, welche intellektuellen Stimmen aus der SPD sich einmischen werden, um weiteren Schaden von dieser Partei abwenden zu helfen. Nicht vergessen sind im Übrigen die Kieler Vorgänge, bei denen Machtanspruch und demokratischer Stil kollidierten. Das Berliner Geschehen ist *keine Stilfrage* mehr, sondern demonstriert Machtbewusstsein als Selbstermächtigung auf einer (wohl nur für kurze Zeit) nach oben offenen Skala.

Sich in einer Auffassung zu versteigen, er – Schröder – sei der einzige, der eine stabile Regierung anführen könne, dokumentiert erschreckenden Maßstabs- und Realitätsverlust. Es zeigt auch, dass sich seine Perspektive völlig auf die Problematik der SPD-Fraktion (der die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit fehlt, um gestaltende Reformpolitik zu machen) **verengt hat**. Im Blick auf die eigene „Truppe“ mag es ihm und der SPD-Fraktionsführung ja so erscheinen, dass nur Schröder „den Laden zusammen halten kann“. Der innere Zustand der SPD ist aber nicht das Maß aller Dinge und nicht die primäre Sorge Deutschlands. Das Wohl der SPD mit dem Wohlergehen unseres Landes zu verwechseln, ist nicht die Aufgabe eines Bundeskanzlers.

Deutschland braucht Reformen. Die letzten Monate hat Wahlkämpfer Schröder, *statt den unvermeidlichen Fortgang seiner Hartz-Reformen den Bürgern zu erläutern*, nur damit zugebracht, Reformkonzepte der politischen Konkurrenz zunächst zu entstellen, dann zu diffamieren und insgesamt Anti-Reformstimmung zu erzeugen. Er tut dies für Deutschland, wie man weiß, in seiner dienenden Art. Wir brauchen dienlichere Politikkonzepte sowie ehrlichere Makler des Landesinteresses.